



# AN SCHULE BESCHÄFTIGTE KÖNNEN SICH BIS ZU DEN OSTERFERIEN ZWEI MAL DIE WOCHE KOSTENLOS TESTEN LASSEN

Veröffentlicht am 25.02.2021 um 10:00 Uhr

**Die vorsichtige Öffnung der Schulen und die schrittweise Rückkehr in den Präsenzunterricht ist nach den Worten von Bildungsministerin Karin Prien „unbedingt erforderlich. Schule ist nicht nur ein Lernort, sie ist auch ein sozialer Ort und für die Entwicklung der Kinder immens wichtig“.**

Der Wiedereinstieg in den Präsenzunterricht sei auch eine gute Nachricht für viele Familien, die mit der Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung am Rande der Belastungsfähigkeit stünden. „Aber“, so Ministerin Prien im Landtag heute (25. Februar), „natürlich kann ich verstehen, dass Eltern und auch Lehrkräfte sich in dieser Situation Sorgen machen.“ Es würden jedoch nur dort

Schulen geöffnet, wo es aufgrund niedriger Inzidenzwerte verantwortbar sei. Zudem gebe es seit dem 22. Februar die erleichterte Möglichkeit, die Kinder vom Präsenzunterricht befreien zu lassen.



/ Foto: lukasmilan/Pixabay

„Jede Entscheidung in dieser Pandemie erfordert ein sorgsames Abwägen“, betonte die Ministerin. „Wir wollen die Bildungsgerechtigkeit sichern und zugleich die Gesundheit schützen. Deshalb begleiten wir die Schulöffnung mit verschiedenen Schutzmaßnahmen.“ So hätten Lehrkräfte und andere an Schule Beschäftigte die Möglichkeit, sich bis zu den Osterferien bis zu zwei Mal die Woche kostenlos testen zu lassen. Dafür stelle das Land 17,2 Millionen Euro bereit. „Wir haben uns außerdem sehr dafür eingesetzt, dass Personal an Grundschulen und Kitas vorrangig geimpft werden kann und ich freue mich, dass das jetzt auch umgesetzt wird“, sagte Prien. Als weitere Schutzmaßnahme habe das Bildungsministerium OP-Masken für Lehrkräfte beschafft, für vulnerable Lehrerinnen und Lehrer stünden auch FFP2-Masken zur Verfügung. Insgesamt 14,5 Millionen Euro seien den Schulträgern zur Verfügung gestellt worden, um Infektionsschutzmittel, Masken, Schutzscheiben oder bei Bedarf auch Belüftungsgeräte zu finanzieren und weitere 4,4 Millionen Euro für den Einsatz von zusätzlichen Bussen, um den Schülerverkehr zu entzerren.